

VIER SZENARIEN UND KEIN AUSWEG?

SAUDI-ARABIEN UND DAS IRANISCHE ATOMPROGRAMM

Thomas Birringer

Angesichts des iranischen Atomprogramms steht der Westen vor einem Dilemma: Ein Militärschlag gegen den Iran oder ein über Nuklearwaffen verfügender Iran, beide Alternativen sind mit erheblichen Risiken verbunden und scheinen doch mit dem fortschreitenden Aufbau der nuklearen Kapazitäten im Iran immer unausweichlicher. Das Zuckerbrot der Unterstützung bei einer friedlichen Nutzung der Kernenergie hat bislang ebenso wenig bewirkt wie die Peitsche der Sanktionen. Gelingt es nicht, noch einen Kompromiss zu finden, bleibt nur die Wahl, einen nuklear bewaffneten (oder jederzeit bewaffnungsfähigen) Iran zu akzeptieren oder militärisch einzugreifen.

Für Saudi-Arabien als größte Macht auf der arabischen Seite des Golfs ist die Situation noch schwieriger. Denn die aus Sicht des Westens möglichen Kompromisse wären für die Saudis, die eine Führungsrolle in der Region beanspruchen, nicht akzeptabel. Dieser Beitrag beleuchtet vorrangig die Interessenlage Saudi-Arabiens als größtem der Golf-Staaten und wichtigstem Rohstofflieferanten der Welt. Dies geschieht in vier Szenarien. Zunächst werden die beiden auch für die westlichen Staaten nicht wünschenswerten Szenarien behandelt, anschließend zwei weitere Möglichkeiten, die aus westlicher Sicht gangbare Auswege oder sogar erfreuliche Entwicklungen darstellen, aus saudischer Perspektive aber ebenso inakzeptabel erscheinen. Im Ergebnis gestalten sich die Handlungsalternativen für Saudi-Arabien noch schwieriger als für den Westen.



Thomas Birringer ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Abu Dhabi. Dort leitet er das Regionalprogramm Golfstaaten.

Wie im September 2010 bekannt wurde, plant Saudi-Arabien den Kauf von Waffen in den USA für 60 Milliarden US-Dollar. Dies wäre der größte Waffenverkauf, den die USA jemals getätigt hätten. Die nachgefragten Waffensysteme haben vorwiegend defensiven Charakter. Doch man scheint in Saudi-Arabien einen bewaffneten Konflikt für immer wahrscheinlicher zu halten, in dem man selbst zwar nicht der Angreifer ist, aber mit hineingezogen zu werden droht.

Seit dem Beginn der Präsidentschaft Barack Obamas senden die USA als wichtigster Verbündeter Saudi-Arabiens weniger offensive Signale in Richtung Iran. Durch die Engagements im Irak und nunmehr vor allem in

Mehr als die USA oder Europa empfindet Israel das iranische Atomprogramm als Bedrohung, nicht zuletzt aufgrund der scharfen Rhetorik des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Afghanistan sowie die im Golf stationierte fünfte Flotte¹ sind die USA zwar militärisch in der Region stark präsent, andererseits aber sind ihre Kräfte gebunden.

Mehr als die USA, auch mehr als Europa, empfindet Israel das iranische Atomprogramm als Bedrohung, nicht zuletzt aufgrund der scharfen Rhetorik des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der immer wieder das Existenzrecht Israels bestritten hat. Die israelische Luftwaffe hat in der Vergangenheit häufig Ziele in arabischen Ländern angegriffen, an denen sich Produktionsstätten für Massenvernichtungswaffen befanden, und auch einen Angriff auf den vergleichsweise weit entfernten Iran immer wieder geübt. Auch die öffentliche Meinung in beiden Staaten deutet darauf hin, dass sich die Aufmerksamkeit derzeit zu Recht auf einen möglichen israelischen Angriff konzentriert, während noch vor einigen Jahren die USA als der wahrscheinliche Angreifer galten.

Schon seit Monaten gelangen immer wieder Meldungen an die Öffentlichkeit, Saudi-Arabien gestehe – selbstverständlich nur stillschweigend und inoffiziell – Israel einen Überflugkorridor entlang seiner nördlichen Grenzen zu Jordanien und Irak zu. Diese Gerüchte wurden zwar vehement dementiert, doch die Anzeichen für eine stillschweigende Akzeptanz eines möglicherweise von Israel ausgehenden Angriffs auf den Iran häufen sich. In Kuwait und Bahrain wurden derweil iranische Spionagezellen aufgedeckt, die im Falle eines Krieges beide Staaten von innen destabilisieren

1 | Hauptquartier der 5. Flotte ist Manama, Bahrain.

sollten. Anfang Juli 2010 wurde der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) in den USA mit einer ungewöhnlich klaren Aussage in der Presse zitiert: „Ein Militärschlag gegen den Iran, von wem auch immer, wäre ein Desaster, aber ein nuklear bewaffneter Iran wäre ein noch größeres Desaster.“²

Während der Westen Sanktionen verschärft, scheint sich die Situation zwischen den großen Mächten am Golf, Iran und Saudi-Arabien, zuzuspitzen. Favorisieren die Golf-Staaten eine militärische Option gegenüber dem Iran, oder steigt zumindest die Bereitschaft, diese hinzunehmen? Die Folgen eines solchen Militärschlages werden hier als erstes der vier Szenarien dargestellt, die folgenden drei beschreiben die möglichen Alternativen.

SZENARIO 1: MILITÄRSCHLAG

Einzelne Auswirkungen eines solchen Militärschlages werden häufig beschrieben, eine Zusammensicht dagegen ist selten. Aufgrund der offenkundigen Position der Regierung Obama wird gemeinhin damit gerechnet, dass Israel der alleinige Angreifer sein wird.³ So konzentriert sich auch die Analyse der erwarteten Reaktionen des Iran auf Israel: Raketenangriffe von Hamas aus dem Gaza-Streifen und vor allem von der wesentlich besser bewaffneten Hisbollah aus dem Libanon werden erwartet. Eine direkte Reaktion Syriens erscheint dagegen unwahrscheinlich.

Raketenangriffe von Hamas aus dem Gaza-Streifen und der Hisbollah aus dem Libanon werden erwartet. Eine direkte Reaktion Syriens erscheint dagegen unwahrscheinlich.

Weniger beleuchtet sind bisher die möglichen Reaktionen des Iran gegenüber den Golf-Staaten. Im offenkundigen Fall eines Überfluges israelischer Kampfflugzeuge über das Territorium Saudi-Arabiens und möglicherweise weiterer

2 | Botschafter Youssef al-Otaiba, aus einem Interview im Rahmen des Aspen Ideas Festival des Aspen Instituts in Aspen, Colorado, Reuters, zitiert nach *Gulf in the Media*, 24.07.2010, in: http://www.gulfinthemedial.com/index.php?m=politics&id=528349&lim=&lang=en&tblpost=2010_07 [23.09.2010].

3 | Vgl. Anthony H. Cordesman, Abdullah Toukan, *Study on a possible Israeli Strike on Iran's Nuclear Development Facilities*, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington D.C., 14.03.2009, in: http://csis.org/files/media/csispubs/090316_israelistrikeiran.pdf [23.09.2010]

arabischer Staaten am Golf wäre eine Reaktion des Iran gegenüber diesen Staaten durchaus denkbar. Hinzu kommt, dass ein großes Vergeltungspotenzial in der Bedrohung der Rohstoffversorgung des Westens liegt. Auch Saudi-

Ein großes Vergeltungspotenzial des Iran liegt in der Bedrohung der Rohstoffversorgung des Westens. Auch Saudi-Arabien und die Golf-Staaten wären hiervon in existenzieller Dimension betroffen.

Arabien und die Golf-Staaten wären hiervon in existenzieller Dimension betroffen. Vor allem für Saudi-Arabien ist die Ölausfuhr die Haupteinnahmequelle. Ihre Unterbrechung wäre ein entsprechend großer Schaden: Man befürchtet, dass eine Sperrung der Straße von Hormuz einen Großteil der Ausfuhr an Öl und Gas aus den Golf-Staaten mit einem Schlag lahmlegen würde. Tatsächlich passieren etwa 40 Prozent des weltweit verschifften Öls die Meerenge zwischen dem Oman und Iran.⁴ Auch die Einfuhr lebenswichtiger Güter in die Golf-Staaten wäre betroffen.

Andererseits würde sich der Iran mit solchen Maßnahmen ins eigene Fleisch schneiden, denn auch die meisten der eigenen Häfen liegen am Persischen Golf, jenem Meer, das auf der gegenüberliegenden Seite Arabischer Golf heißt. Außerdem gibt es alternative Transportwege, zumindest wird an ihnen gearbeitet. Saudi-Arabien verfügt über eine Ost-West-Pipeline, durch die Öl ans Rote Meer geleitet und von dort per Schiff weiter transportiert werden könnte. Verschiedene Häfen mit Verlademöglichkeiten für Öl, Gas und Container an der Ostküste der VAE und im Oman wurden in den letzten Jahren ausgebaut.⁵

Direkte Folgen eines israelischen Angriffs auf iranische Atomanlagen wären für Saudi-Arabien sowie für Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate vor allem dann zu befürchten, wenn das Atomkraftwerk im südiranischen Bushehr Angriffsziel wäre. Eine mögliche radioaktive Wolke, von Bushehr ausgehend, würde bei den gängigen Windverhältnissen in der Region die bevölkerungsreichen Gebiete in diesen Ländern erreichen.⁶ Die Frage ist jedoch,

4 | Vgl. Christoph Plate, „Die enge Straße von Hormuz. Was passieren kann, wenn Iran die Zufahrt in den Persischen Golf blockiert“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 06.07.2008, in: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/die_enge_strasse_von_hormuz_1.777620 [22.09.2010].

5 | Vgl. ebd.

6 | Vgl. Cordesman, Toukan, *Study on a possible Israeli Strike on Iran's Nuclear Development Facilities*, 90-92.

ob Bushehr tatsächlich ein vorrangiges Angriffsziel wäre, da die für die Produktion von Atomwaffen entscheidenden Anlagen an anderen Orten angesiedelt sind.⁷

Darüber hinaus sind auch direkte Vergeltungsmaßnahmen des Iran denkbar: Ein Gegenangriff könnte zunächst auf die amerikanischen Militärbasen in Bahrain und Katar gerichtet sein. Dieser würde jedoch Vergeltungsmaßnahmen in einer Dimension nach sich ziehen, die den Iran wahrscheinlich davor zurückschrecken ließe.

Auch Ölbohranlagen Saudi-Arabiens und der anderen Golf-Staaten könnten das Ziel sein. Sowohl an Land als auch besonders auf See wären dies leicht verwundbare Ziele. Verwundbar sind die Staaten auch durch die starke Abhängigkeit von der Meerwasserentsalzung, die sich auf wenige Anlagen konzentriert. Je nach der Auswahl der Angriffsziele wären somit langfristige und tiefgreifende ökologische Konsequenzen für die arabische Golfküste zu erwarten: Getroffene Ölbohrplattformen im Golf hätten eine Umweltkatastrophe zur Folge, die der des Jahres 2010 im Golf von Mexiko vergleichbar sein könnte. Aufgrund der geringen Meerestiefe im Golf könnte der Ölfluss allerdings leichter gestoppt werden.

Getroffene Ölbohrplattformen im Golf hätten eine Umweltkatastrophe zur Folge, die der im Golf von Mexiko vergleichbar sein könnte.

Die zuletzt geschilderten Folgen beruhen auf der Annahme eines direkten iranischen Gegenangriffs auf die arabischen Nachbarn. Diese verfügen inzwischen über nicht zu unterschätzende militärische Kapazitäten und man erwartet im Iran von den arabischen Nachbarn ohnehin eher die Parteinahme für die eigene Seite. Andererseits ist gerade auf militärischem Gebiet die Koordination unter den arabischen Golf-Staaten vergleichsweise schwach ausgeprägt, obwohl das Instrument ihrer regionalen Zusammenarbeit, der Golf-Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC), im Jahr 1981 gerade als Reaktion auf die islamische

7 | Cordesman und Toukan beschreiben in ihrer Studie zwar die Folgen eines Angriffes auf Bushehr, nennen aber als wahrscheinlich vorrangige Angriffsziele selbst die Anreicherungsanlagen (Zentrifugen) in Natanz, das Atomtechnologiezentrum in Isfahan und die Reaktoranlagen in Arak, die alle deutlich weiter nördlich oder nordöstlich gelegen sind. Vgl. Cordesman, Toukan, *Study on a possible Israeli Strike on Iran's Nuclear Development Facilities*, 35.

Revolution im Iran und die dadurch entstehende Bedrohung gegründet worden war.⁸ Tatsächlich hat sich der GCC bislang vor allem als Plattform der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bewährt. Trotzdem dürfte der Iran nicht zuletzt aufgrund des amerikanischen Schutzes wahrscheinlich von direkten Gegenangriffen auf Saudi-Arabien oder andere Golf-Staaten absehen und im Ernstfall eher auf die Destabilisierung dieser Länder von innen setzen.

Denn es stellt sich die Frage, wie sich die schiitischen Bevölkerungsgruppen in Saudi-Arabien wie auch in anderen arabischen Golf-Staaten, vor allem Bahrain und Kuwait, im Falle eines Militärschlages verhalten würden.⁹ Innerhalb Saudi-Arabiens lebt die schiitische Bevölkerungsminderheit fast ausschließlich in der dicht besiedelten Ostprovinz am Golf. Die Ölvorkommen des Landes konzentrieren sich ebenfalls auf diese Region.

Ein Teil der Schiiten der Region sind Angehörige persischer Familien, die in den letzten Jahrhunderten eingewandert sind. Oft sind sie vergleichsweise liberal eingestellt und einer fundamentalistischen Auslegung des Islam gegenüber wenig empfänglich.

Es wäre jedoch falsch, allen Schiiten aufgrund ihrer Konfession a priori eine fehlende Loyalität zum saudischen Staat und eine Beeinflussbarkeit oder gar ein potentielleres Eintreten für iranische Interessen zu unterstellen. Neben der religiösen Zugehörigkeit

spielen soziale Interessenlagen und die nationale Verbundenheit eine mindestens ebenso große Rolle. Ein Teil der Schiiten der Region sind Angehörige persischer Familien, die in den letzten Jahrhunderten dort eingewandert sind und vorwiegend als Kaufleute ihr Auskommen finden. Oft sind gerade diese Schiiten am Golf vergleichsweise liberal eingestellt und einer fundamentalistischen Auslegung des Islam gegenüber wenig empfänglich. Diese schiitischen Kaufmannsfamilien gehören meist zu den wohlhabenderen Schichten, sind vielfach recht weltläufig und gehören innerhalb ihrer Länder eher zu den Modernisierern. Gerade deshalb werden sie von den wahabistisch geprägten herrschenden Sunniten in Saudi-Arabien argwöhnisch beäugt.

8 | Vgl. den Beitrag von Christian Koch in dieser Ausgabe: *Der Golf-Kooperationsrat als regionale Sicherheitsorganisation*.

9 | Vgl. Katja Niethammer, „Familienbetriebe mit Anpassungsschwierigkeiten. Perspektiven und Grenzen politischer Reform in den Golfmonarchien“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, *SWP-Studie S19*, Berlin, Juli 2008, 19.

Darüber hinaus gibt es auf der arabischen Seite des Golfes auch autochthone schiitische Bevölkerungsgruppen. Hier mag zwar die Anfälligkeit für fundamentalistisches Gedankengut nicht zuletzt aufgrund der sozioökonomischen Situation durchaus gegeben sein. Eine automatische Loyalität zum Iran darf bei diesen ethnischen Arabern jedoch ebenfalls nicht unterstellt werden. In Saudi-Arabien und darüber hinaus ist jedoch tatsächlich eine Entfremdung zwischen den sunnitischen Regimen und den schiitischen Untertanen erkennbar. Oft befinden sich die schiitischen Bevölkerungsgruppen in einer schlechteren ökonomischen Position. Ihnen fehlt vielfach der Zugang zu Funktionen in Staat, Verwaltung oder Militär. Damit einher geht oft eine Benachteiligung bei der Verteilung des durch die Ressourcen Erdöl und Gas in die verschiedenen Länder fließenden Reichtums.

Eine automatische Loyalität zum Iran darf bei autochthonen schiitischen Bevölkerungsgruppen am Golf nicht unterstellt werden.

Vor diesem Hintergrund ökonomischer und sozialer Diskriminierung stoßen Versuche der Einflussnahme aus dem Iran mitunter tatsächlich auf fruchtbaren Boden. So steht beispielsweise die mit Abstand größte Vertretung der Schiiten in Bahrain, die Wifak, die auch im dortigen Parlament die größte Gruppe¹⁰ ist, der Ideologie der Islamischen Revolution nahe. Wie diese propagiert sie die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“. In den Straßen sind regelmäßig Fotos Khomeinis und des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah zu sehen.

Bahrain ist jedoch demographisch ein Ausnahmefall, da die schiitische Bevölkerungsgruppe dort mit etwa 70 Prozent die Mehrheit der Bahrainis stellt. In Saudi-Arabien, Kuwait und Katar gibt es signifikante schiitische Minderheiten. Dies wird gemeinhin als Unsicherheitsfaktor wahrgenommen. Inwieweit diese Bevölkerungsteile im Falle eines Angriffs auf den Iran, bei dem Saudi-Arabien und die Golf-Staaten mit der Angreiferseite assoziiert werden könnten, die Partei Irans ergreifen würden und sich tatsächlich aktiv gegen

10 | Wifak stellt derzeit, nach den Wahlen von 2006, 17 von 40 Abgeordneten. Sie firmiert als Gruppe, da politische Parteien in Bahrain verboten sind. Vor den Wahlen am 23. Oktober 2010 wurden einige prominente Schiiten in Bahrain festgenommen. Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Regionalprogramm Golf-Staaten, *Länderinformationen Bahrain*, <http://kas.de/golfstaaten> [23.09.2010].

die Herrschenden zu stellen bereit wären, ist nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in der Golf-Region kaum pauschal zu beurteilen. In Saudi-Arabien werden die Schiiten nach der sunnitisch-wahabistischen Auslegung des Islam jedoch als Häretiker betrachtet.

Es wäre überdies falsch, die Frage der Loyalität der Bevölkerung zur Regierung in Saudi-Arabien lediglich an der Religion festzumachen. Besonders in Saudi-Arabien ist die enge Anlehnung des Landes an den Westen, vor allem die USA, recht unbeliebt. Viele konservative Sunniten halten diesen Weg für falsch und sind oft auch zu Gewalt bereit. Bereits jetzt gibt es immer wieder Anschläge von al-Qaida und anderen in Saudi-Arabien. Dies würde im Falle eines Krieges mit Iran sicher zunehmen.

SZENARIO 2: NUKLEARMACHT IRAN

Sollte ein Militärschlag nicht erfolgen und sollten die Sanktionen erfolglos bleiben, wird der Iran wahrscheinlich in den Besitz von Atomwaffen kommen. Zumindest wird das

Es kann davon ausgegangen werden, dass die iranische Führung die ihr zur Verfügung stehenden Atomwaffen nicht unmittelbar einsetzen würde, um Israel anzugreifen.

Atomprogramm ein Stadium erreichen, in dem diese Waffen recht kurzfristig hergestellt werden können. Dies wäre für die westlichen Staaten und besonders für Israel ein unangenehmes Szenario. Doch kann davon

ausgegangen werden, dass die iranische Führung sich insofern rational verhalten dürfte, als sie die ihr zur Verfügung stehenden Atomwaffen nicht unmittelbar einsetzen würde, um beispielsweise Israel anzugreifen.¹¹

Denn die für eine tragfähige nukleare Abschreckung entscheidende Frage ist die der Zweitschlagsfähigkeit. Für Israel ist diese gegeben – wenn nicht eigenständig, dann durch den Schutz der USA. Der Iran würde über diese Zweitschlagsfähigkeit zunächst nicht verfügen, da zumindest anfangs die Anzahl der iranischen Atomwaffen hierfür zu gering sein dürfte. Daher wäre ein Angriff in Anbetracht der drohenden Vergeltung selbstmörderisch, obwohl Israel innerhalb der Reichweite der iranischen Raketen des Typs Shahab III liegt. Für interkontinentale Einsätze reichen die iranischen Trägersysteme nicht weit genug.

11 | Vgl. Karl-Heinz Kamp, „Wenn der Iran Nuklearmacht würde...“, in: *Internationale Politik* (IP), 09/2007, 104-113.

Tatsächliche Folge einer iranischen Atomwaffe wäre hingegen ein weiter steigender Einfluss des Landes in der Region. Nicht nur wäre für Israel die herausgehobene Position als einzige – wenn auch unausgesprochene – Nuklearmacht beendet, mit konkreten politischen Folgen. Die Bedrohungswahrnehmung iranischer Kernwaffen ist im Gegensatz zu Europa schon aufgrund der Nähe und der Reichweite der Trägersysteme massiver. Hinzu kommt die höhere Verwundbarkeit aufgrund der Bevölkerungskonzentration auf wenige Gebiete: „Bereits zwei oder drei Kernexplosionen könnten Israel völlig verwüsten und damit physisch auslöschen.“¹² Dies gilt ebenso für die meisten kleineren Golf-Staaten oder für die wenigen Städte in der ölreichen Ostprovinz Saudi-Arabiens.

Daher versuchen die Staaten der Region, eine Antwort auf einen iranischen Atomwaffenbesitz zu finden. Ein im Besitz von Nuklearwaffen befindliches Land ist durch die Androhung konventioneller Mittel nicht mehr militärisch zu sanktionieren und von Nicht-Nuklearmächten politisch nicht zu beeinflussen. Dies würde eine Gewichtsverschiebung bei verschiedenen Aspekten des Verhältnisses der Golf-Staaten zum Iran betreffen, von den besetzten Inseln im Golf bis hin zum Einfluss auf schiitische Minderheiten oder die Sicherheit der Transportwege für Erdöl und Gas.

Kommt daher für Saudi-Arabien auch eine atomare Aufrüstung in Frage, um reale Bedrohungsvorstellungen einzugrenzen oder das politische Gewicht des Iran auszugleichen? Zumindest Projekte zur friedlichen Nutzung der Kernenergie sind gleich in mehreren Staaten der Golf-Region geplant. Saudi-Arabien als mit Abstand größtes arabisches Land am Golf sieht sich ohnehin mehr und mehr als Führungsnation der sunnitisch-islamischen Welt. Dies manifestiert sich in einer selbstbewussten Außenpolitik, die in vielen Konflikten der Region als Vermittler aufzutreten sucht, ebenso wie in der Nutzung der wirtschaftlichen Kraft des Landes – Saudi-Arabien ist Mitglied der G-20 – oder auch mehr und mehr in den Bereichen Erziehung und Kultur. Eine atomare Aufrüstung stieße jedoch nicht nur im Westen auf große Vorbehalte und würde überdies ein unheilvolles nukleares Wettrüsten in der Region befeuern.¹³

12 | Ebd., 106.

13 | Vgl. ebd., 109.

SZENARIO 3: KOMPROMISS – AUF WESSEN KOSTEN?

Saudi-Arabien als Newcomer steht Iran als traditionelle Großmacht gegenüber – ein Anspruch, dem durch Atomwaffen selbstverständlich Rechnung getragen wird. Persien war seit jeher die vorherrschende Macht in der Region. Aber nicht nur politisch möchte sich der Iran als Hegemon verstehen, sondern sein historisches Erbe schafft vielfach ein Bewusstsein kultureller Überlegenheit.¹⁴ So kann er auf eine reiche vorislamische Geschichte zurückblicken, mit den Großreichen der Achaimeniden, Parthern und Sassaniden. Aber auch im Hinblick auf den Islam ist gebildeten Persern bewusst, dass ein großer Teil der bedeutendsten Gelehrten und der substanzialen Weiterentwicklung des Islam aus ihrem Land stammen – wie beispielsweise der Philosoph Ibn Sina (lat. Avicenna).

„Jeder hat heute begriffen, dass nur zwei Mächte den Haupteinfluss in der Welt ausüben, und das sind die USA und der Iran.“ (Mahmud Ahmadinedschad)

So erscheint aus iranischer Sicht erklärbar, was zunächst wie Größenwahn klingt: „Jeder hat heute begriffen, dass nur zwei Mächte den Haupteinfluss in der Welt ausüben, und das sind die USA und der Iran“¹⁵, so Präsident Ahmadinedschad am Rande der UN-Vollversammlung im September 2010 in New York vor eigenen Landsleuten. Mit Hilfe des Status als Nuklearmacht würde der Iran diese alten hegemonialen Ansprüche in der Region wieder aggressiver vertreten können.¹⁶

Vor diesem Hintergrund spiegelt die Entwicklung von Khomeini bis Ahmadinedschad auch einen Paradigmenwechsel in der iranischen Politik. Dieser lässt sich als Rückbesinnung auf klassische persische nationale Politik mit dem Ziel einer regionalen Hegemonie beschreiben, die an

14 | Vgl. kurz zusammengefasst z. B. Wolfgang Günter Lerch, „Persische Visionen. Was steckt hinter Ahmadinedschads ‚Weltmachtanspruch‘ Irans?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.09.2010, 12, oder ausführlicher Johannes Reissner, „Irans Selbstverständnis als Regionalmacht, Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, *SWP-Studie S29*, Berlin, Oktober 2008.

15 | „Iran sieht sich als zweite Weltmacht neben den USA“ (*Die Welt* am 20.09.2010), in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article9756696/Iran-sieht-sich-als-zweite-Weltmacht-neben-den-USA.html> [23.09.2010].

16 | Vgl. Kamp, „Wenn der Iran Nuklearmacht würde...“, 108 f.

die Stelle eines möglichst weit reichenden „Exports“ der islamisch-fundamentalistischen Ideologie auch über die Region hinaus getreten ist.

Doch außerhalb des Militärischen hat der Iran derzeit wenig Möglichkeiten, seine Hegemonieansprüche zu verwirklichen. Mit der Wirtschaft des Landes steht es nicht zum Besten. Die jahrzehntelange Misswirtschaft der islamischen Republik hat das Land geschwächt. Wesentliche Teile der Wirtschaft des Landes werden von den Revolutionsgarden kontrolliert und sind damit dem Zugriff der meisten Bürger entzogen.

Die Arbeitslosigkeit im Iran ist erheblich, die Entwicklung des Lebensstandards konnte mit den Nachbarn am Golf nicht Schritt halten. Mit den verschärften Sanktionen sinken die Absatzmöglichkeiten weiter.

Die Menschen leiden unter der politischen Isolation. Die Arbeitslosigkeit ist insbesondere bei jungen Menschen erheblich, die Entwicklung des Lebensstandards konnte mit den Nachbarn am Golf bei Weitem nicht Schritt halten, obwohl auch Iran über erhebliche Rohstoffvorkommen verfügt. Mit den verschärften Sanktionen sinken jedoch hier die Absatzmöglichkeiten weiter.¹⁷

Nicht nur die Wirtschaft liegt danieder. Wissenschaft und Geistesleben leiden unter der zunehmenden Abschottung des Landes. Selbst an der Spitze des weltweiten islamischen Fundamentalismus stehen mit al-Qaida und Co. längst andere. Das konventionelle militärische Potenzial des Landes ist begrenzt und wird durch den Dualismus von Armee und Revolutionsgarden geschwächt. Die veralteten Waffensysteme können in Ermangelung von Ersatzteilen kaum noch eingesetzt werden.

Die Folge ist eine Fixierung auf das Atomprogramm, ohne das der Iran inzwischen allenfalls in der dritten Liga der Weltpolitik spielen würde. Nur als Nuklearmacht oder auf dem Weg dorthin kann der Iran, so glaubt man dort, auf Augenhöhe mit den Großmächten umgehen. Hierin liegt aus Sicht des Westens möglicherweise die Chance für einen Kompromiss, mit dem ein nuklear bewaffneter Iran verhindert werden kann: Man gesteht dem Regime einen gewissen Einfluss in der Region zu – auch ohne Atomprogramm.

17 | Vgl. Martin Beck, „Energie und Wirtschaft in Iran“, in: Bundeszentrale für politische Bildung: *Internationale Politik, Iran*, 2009, in: http://www.bpb.de/themen/TC8MF3,0,0,Energie_und_Wirtschaft_in_Iran.html [18.10.2010].

Hierzu könnten verschiedene wirtschaftliche Hilfen gehören, bis hin zu einem Ausbau der Ölanlagen und einer Garantie für die Abnahme von Rohstoffen durch den Westen. Auch eine verstärkte Mitwirkung und Berücksichtigung auf den verschiedenen Krisenschauplätzen der Region, von Irak bis Afghanistan, könnte Bestandteil sein.

Was aus westlicher Sicht reizvoll klingt, ist für Saudi-Arabien eine Gefahr. Die Bedeutung des Landes würde proportional zur Stärkung des Iran geschwächt, sei es als Rohstofflieferant oder als Sicherheitspartner. Besonders die kleineren Golf-Staaten befürchten, zu Objekten einer Kompromisslösung zu werden, über die verstärkt von außen Macht ausgeübt würde.

Hauptanliegen der Golf-Anrainer ist es, in die politischen Überlegungen des Westens gegenüber dem Iran eingebunden zu sein. Sie befürchten, man könne sich auf ihre Kosten mit den Iranern einigen.

Ein „Hegemon light“ mit westlichem Segen wird befürchtet. Nicht ohne Grund ist das Hauptanliegen der Diplomatie der arabischen Staaten am Golf schon seit Langem, in die politischen Überlegungen des Westens gegenüber dem Iran eingebunden zu sein. Hintergrund ist die Befürchtung, man könne sich auf Kosten der Golf-Staaten mit den Iranern einigen. Solange im Iran jedoch ein fundamentalistisches Regime mit scharf anti-westlicher Ausrichtung vorherrscht, ist dieses Szenario wenig wahrscheinlich.

SCENARIO 4: WANDEL IM IRAN

Viele im Westen setzen ihre Hoffnung mehr oder weniger deutlich auf einen Wandel im Iran, spätestens seit die Oppositionsbewegung in Folge der Manipulationen bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009 in einer landesweiten Dimension in Erscheinung trat und zu unerwarteter Popularität gefunden hat. Die Machtbasis von Präsident Ahmadinedschad bröckelte allerdings schon zuvor an vielen Stellen.¹⁸

18 | Vgl. Johannes Reissner, Simon Fuchs, „Wahl gewonnen – Macht zerronnen? Ahmadinedschads Machtbasis nach den Parlamentswahlen“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, *SWP-Aktuell* 54, 06/2008.

Welche tatsächliche Kraft die Oppositionsbewegung mehr als ein Jahr nach ihrem Höhepunkt hat, ist schwer einzuschätzen. Für die weitere Entwicklung im Iran wird entscheidend sein, ob das Regime die Bewegung dauerhaft unterdrücken kann. Dies wird umso schwieriger sein, je tiefer die Opposition in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Hierzu gehört die Frage, wie weit die „Grüne Bewegung“ über die großen Städte hinaus auf dem Land eine Rolle spielt. Es gab durchaus Berichte von Protesten auch in ländlichen Regionen. Darüber hinaus wird entscheidend sein, ob die Oppositionsbewegung vorwiegend im akademischen Milieu ihre Unterstützer findet oder auch in anderen gesellschaftlichen Schichten, beispielsweise in der Arbeiterschaft.

Für die „Grüne Bewegung“ wird entscheidend sein, ob sie vorwiegend im akademischen Milieu ihre Unterstützer findet oder auch in anderen gesellschaftlichen Schichten.

Vieles spricht auch dafür, dass sich die Opposition längst über eine Reformbewegung innerhalb des Rahmens der Islamischen Republik hinaus entwickelt hat. Anfänglich wurde die Oppositionsbewegung von wichtigen Vertretern der alten Eliten der Islamischen Revolution angeführt, die den aus den Revolutionsgarden hervorgegangene Präsident Ahmadinedschad als „Emporkömmling“ empfanden. Zum engen Kreis um Revolutionsführer Khomeini hatte er nie gehört. Insofern war die „Grüne Bewegung“ zu Anfang auch der Versuch, den Charakter der islamischen Revolution vor einer zunehmenden Militarisierung und Nationalisierung durch die Revolutionsgarden zu bewahren. Viele Beobachter sehen den Iran unter Ahmadinedschad auf dem Weg zu einer Militärdiktatur.¹⁹

Spätestens während der Proteste gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009 hat sich die „Grüne Bewegung“ jedoch nach Ansicht vieler Beobachter weiter entwickelt. Sie lehne inzwischen mehrheitlich das Konzept der Islamischen Republik ab. Die wirtschaftliche Misere und vor allem die Isolation des Landes haben

19 | Z.B. Henner Fürtig, „Turbulente Wahlen in Iran: Die Islamische Republik am Scheideweg?“, im: *GIGA-Focus Nahost Nr. 6*, Hamburg 2009, 4, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0906.pdf [19.10.2010], oder Rainer Hermann, „Risse und Gräben. Ahmadinedschads zweite Amtszeit: Iran steckt in einer tiefen Krise“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.08.2009, 8.

gerade bei jungen Menschen einen starken Wunsch nach Öffnung bewirkt, der im Rahmen einer islamistisch geprägten Gesellschaftsordnung nicht zu erfüllen wäre. In ihrer Mehrheit könnten die Anhänger der „Grünen Bewegung“ inzwischen einen säkularen demokratischen Staat und ein Ende der Herrschaft der Religionsgelehrten befürworten. Die Bewegung hätte dann in den Tagen der gewaltsam niedergeschlagenen Proteste 2009 ihre Väter überholt.

Die Wahrscheinlichkeit eines Wandels im Iran mag zwar gering sein. Für den Fall eines solchen Szenarios erscheint jedoch die Annahme eines weit gehenden Wandels realistischer. Sollte sich die „Grüne Bewegung“ im Iran durch-

Auch ein modernisierter Iran mag eine vorherrschende Rolle in der Region durch ein Atomprogramm zu erreichen suchen. Doch aus westlicher Perspektive erscheint dieses Szenario weit weniger bedrohlich.

setzen, wäre längerfristig ein säkularer und demokratischer Staat denkbar. Zumindest lohnen abschließend einige – zwangsläufig spekulative – Überlegungen, was dies für die Region und vor allem für Saudi-Arabien bedeuten könnte.

Zunächst hieße dies keinesfalls, dass ein gewandelter Iran von seinem Atomprogramm Abstand nehmen muss. Auch ein modernisierter Iran mag eine vorherrschende Rolle in der Region anstreben und dies durch ein Atomprogramm zu erreichen suchen. Doch aus westlicher Perspektive erscheint dieses Szenario weit weniger bedrohlich. Die Gefahr des iranischen Atomprogramms rührt aus westlicher Sicht aus der Kombination von nuklearer Bewaffnung mit einer aggressiven islamistischen Ideologie oder – inzwischen wahrscheinlicher – einem potenziell gegen westliche Interessen gewandten Nationalismus. Ein pro-westlicher Iran, wäre er auch noch so mächtig, stellt jedoch aus dieser Sicht keine Gefahr mehr dar. So sieht beispielsweise im Westen auch niemand in der nuklearen Kapazität des demokratischen Indien eine Bedrohung.

Völlig anders bewertet würde ein solches Szenario jedoch in Saudi-Arabien. Für das Nachbarland besteht die Bedrohung in der Größe und Bedeutung des Iran an sich, unabhängig von der vorherrschenden Ideologie oder Staatsform. Auf dieser Grundlage hätte ein Wandel im Iran für Saudi-Arabien gleich mehrfach unabsehbare Folgen.

Zunächst im Hinblick auf die Rolle des Landes als Rohstoff-exporteur: Auch Iran verfügt über nennenswerte Öl- und Gasvorkommen. Eine zur Diversifizierung und damit Absicherung der Ressourcensicherheit sinnvolle Wiederaufnahme des Iran in den Kreis der weltweit führenden Rohstofflieferanten²⁰ würde die Rolle Saudi-Arabiens in dieser Hinsicht zwar nicht grundlegend verändern, aber gleichwohl seine Marktmacht erkennbar verringern.

Viele in der Golf-Region profitieren auch von der Rolle als einziger Handelskanal zu dem ansonsten von Isolation umgebenen Iran. Mit einer Öffnung des Landes wäre auch diese Ventilfunktion überflüssig. Mit der sehr konsequenten Umsetzung der neuesten Sanktionen jedoch verabschieden sich die Vereinigten Arabischen Emirate, wo vor allem Dubai als Handelsplatz mit dem Iran fungierte, ohnehin aus dieser Funktion.²¹

Wesentlicher für Saudi-Arabien ist ohnehin die bisherige Funktion des Landes als territoriale Basis für die Vertretung westlicher Interessen in der Region. Mit einem nicht mehr feindlich gesinnten Iran würde der

Mit einem nicht mehr feindlich gesinnten Iran würde der Hauptgegner wegfallen, was die Position Saudi-Arabiens als Stationierungsort und geostrategische Reserve schwächen würde.

Hauptgegner wegfallen, was die Position Saudi-Arabiens als Stationierungsort und geostrategische Reserve schwächen würde. Auch böten sich neue Alternativen für Versorgung und Sicherheit der Engagements in Afghanistan und in anderen Krisenherden der Region. In verschiedenen Handlungsfeldern bestehen sogar gemeinsame Interessen und Kooperationspotenziale mit dem Iran, allen voran in Afghanistan.²² Die sicherheitspolitische Rolle Saudi-Arabiens als wichtigster Verbündeter in einer ansonsten von Krisenherden gespickten Region wäre dagegen nicht mehr gegeben.

20 | Vgl. Walter Posch, „Die Sanktionsspirale dreht sich. Europäische Iranpolitik auf dem Prüfstand“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, *SWP-Aktuell* 26, Berlin, März 2010, 2.

21 | Silke Mertins, „Dubai schliesst die Handelswege nach Iran“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.05.2010, in: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/dubai_schliesst_die_handelswege_nach_iran_1.5726534.html [23.09.2010].

22 | Vgl. Markus Potzel, „Iran und der Westen. Chancen für gemeinsames Handeln in Afghanistan?“, in: *SWP-Studie* 16 (06/2010).

Hinzu käme die Frage, welche Strahlkraft ein säkularer, demokratischer großer Nachbar für Saudi-Arabien entfalten könnte. Die schiitischen Bevölkerungsgruppen könnten sich bei der Forderung nach politischer Gleichberechtigung auf den ebenfalls schiitischen Nachbarn als Beispiel beziehen. Möglicherweise erhielten sie dabei auch politische Unterstützung. Diese könnten die Machthaber in Saudi-Arabien jedoch nicht mehr mit dem Terrorismusverdacht und dem – bislang nicht unberechtigten – Vorwurf der Einflussnahme durch ein ideologisch fragwürdiges Regime zurückweisen. Seitens der Minderheiten selbst hätte die Berufung auf Menschenrechte nicht mehr den Glaubwürdigkeit kostenden Beigeschmack der Destabilisierung durch den Islamismus.

Das saudische Regime fände sich vermutlich über kurz oder lang steigendem Druck nach Reformen ausgesetzt – mit Verweis auf den Nachbarn auf der anderen Seite des Golfes. Minderheiten würden mehr Rechte verlangen, die Bevölkerung größere Partizipation. Die Unzulänglichkeiten bei Religionsfreiheit und Menschenrechten – dabei insbesondere die Rolle der Frauen – würden den Blick auf das Land noch stärker dominieren als bislang. Vor diesem Hintergrund drohte die ohnehin schwierige Machtbalance in Saudi-Arabien zwischen sehr fundamentalistisch geprägten religiösen Interessen und dem in Grenzen reformwilligen Herrscherhaus vollends aus dem Gleichgewicht zu geraten. Eine erhebliche Gefahr für die Stabilität des Landes wäre die Folge.

Schaut man auch auf die neue außenpolitische Schwerpunktsetzung der Türkei, die sich deutlich in Richtung einer weiteren regionalen Mittelmacht hin entwickelt, werden mögliche Dimensionen der Veränderung deutlich.

Dieses Szenario wird noch interessanter, wenn man die Machtverschiebungen in Betracht zieht, die sich derzeit langsam, aber stetig, zwischen den größeren Mächten der Region abspielen: Schaut man auch auf die

neue außenpolitische Schwerpunktsetzung der Türkei, die sich deutlich in Richtung einer weiteren regionalen Mittelmacht hin entwickelt, werden die möglichen Dimensionen der Veränderung vollends deutlich.

FAZIT

Die Frage, welches der vier Szenarien das wahrscheinlichste ist, kann kaum beantwortet werden. Vor allem für eine Bewertung des letzten Szenarios fehlen verlässliche Parameter. Zumindest sprechen jedoch einige eingangs erwähnte Indizien dafür, dass ein Militärschlag keineswegs völlig undenkbar ist, obwohl dieser mit dem Regierungswechsel hin zur Obama-Administration in den USA zunächst in weite Ferne gerückt zu sein schien.

Auch in der Subregion am Golf besteht in Teilen keine Kongruenz zwischen Staat und Nation – mit den entsprechenden Folgen für die regionale Stabilität.

Vor allem die Szenarien eins und vier verdeutlichen einen weiteren wichtigen Grund für das geschilderte saudische Dilemma: Auch in Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten besteht teilweise keine Kongruenz zwischen Staat und Nation – mit den entsprechenden Folgen für die regionale Stabilität.

Die wesentliche Schlussfolgerung aus den geschilderten Szenarien ist somit der Befund sehr eingeschränkter sicherheitspolitischer Handlungsoptionen für die subregionale Führungsmacht Saudi-Arabien gegenüber dem Iran und dessen Atomprogramm. Dies wird umso schwerwiegender angesichts der neuen außenpolitischen Schwerpunktsetzung der Türkei. Die sich daraus ergebenden Machtverschiebungen, die sich derzeit zwischen den größeren Mächten der Region abspielen, versetzen Saudi-Arabien früher oder später in Zugzwang, um die beanspruchte Führungsrolle zu sichern.